



VVN-BdA
Baden-
Württemberg

DGB

Stadtverband
Stuttgart

Antikriegstag Stuttgart

Nie wieder Krieg!

Nie wieder Faschismus!

1. September 2020

**17:00 Uhr Gedenkfeier und
Kranzniederlegung**

Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus
Stauffenbergplatz (zwischen Karlsplatz und
Altem Schloss)

Mit Beiträgen von:

Horst Schmitthenner

ehem. Mitglied IGM Hauptvorstand

Dieter Lachenmayer

VVN-BdA Baden-Württemberg

Vertreter*innen des OTKM

Moderation:

Philipp Vollrath

Musikalische Umrahmung:

hörmal vokal

www.dgb-stuttgart.de/antikriegstag-2020

Für eine solidarische Welt ohne Kriege und Rüstung

Für uns Gewerkschaften ist der Antikriegstag 2020 ein besonderer Tag der Mahnung und des Erinnerns. Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung Europas und der Welt vom Faschismus jähren sich zum 75. Mal.

Inzwischen leben wir in einer Welt, die immer stärker aus den Fugen gerät. Nationalismus und Militarismus greifen wieder um sich und setzen eine neue Spirale der Aufrüstung in Gang. 75 Jahre nach dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki im August 1945 erreicht der nukleare Rüstungswettlauf ungeahnte Ausmaße.

Welche Dimensionen das Wettrüsten inzwischen erreicht hat, zeigen die aktuellen Zahlen. Die globalen Rüstungsausgaben belaufen sich inzwischen auf 2 Billionen US-Dollar. Die deutsche Bundesregierung spielt dabei eine unrühmliche Vorreiterrolle. Deutschland ist nicht nur viertgrößter Rüstungsexporteur weltweit, sondern ist bei den Ländern mit den meisten Rüstungsausgaben auf den siebten Platz vorgerückt. Wenn die Bundesregierung die NATO-Zielvorgabe erfüllen würde, zwei Prozent des deutschen BIP für Verteidigung auszugeben, so könnte dies eine weitere Erhöhung des Wehretats um mehr als 20 Milliarden Euro bedeuten.

Es ist höchste Zeit, das Ruder herumzureißen! Die Pandemie, der Klimawandel, die Digitalisierung – all diese gewaltigen Herausforderungen bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und vergrößern die soziale Ungleichheit. Wir müssen gegensteuern! Dafür sind neben einem starken und solide finanzierten Sozialstaat immense öffentliche Investitionen nötig – in Gesundheit und Pflege, in unser Bildungssystem, in eine sozial-ökologische Gestaltung der Energie- und Verkehrswende, in die kommunale und digitale Infrastruktur und in den sozialen Wohnungsbau. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, sich endgültig von der Zwei-Prozent-Vorgabe der NATO zu lösen und die für Rüstungsausgaben vorgesehenen Mittel in ein sozial gerechtes Deutschland und Europa mit nachhaltigen Zukunftsperspektiven zu investieren.

Deshalb fordern wir:

- * Stoppt Rüstungsexporte!**
- * Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!**
- * Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag der UNO!**